

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/007(VII)/20			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag, 06.02.2020	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	17:00Uhr	21:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung - öffentlicher Teil
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 09.01.2020
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Lenkungsausschuss Buckau
Amt 61 / BauBeCon
- 5.1 Ausbau der Straßenbahnstrecke in der Schönebecker Straße,
Raiffeisenstraße, Warschauer Straße - Bauablauf 2020 - 2021
- 6 Denkmale und verwahrloste Immobilien
Amt 61 / Amt 63

7	Beschlussvorlagen	
7.1	Umgestaltung Naherholungszentrum Strandbad Barleber See 1 FB 40	DS0632/19
7.2	Grundsatzbeschluss Sanierung Carl-Miller-Bad FB 40	DS0597/19
7.3	Grundsatzbeschluss Ausbau des nördlichen Radweges in der Königstraße Amt 66	DS0548/19
7.4	Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 1. Änderung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 334-1.2 "Einzelhandelsstandort Bergstraße" Amt 61	DS0352/19
7.4.1	Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 1. Änderung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 334-1.2 "Einzelhandelsstandort Bergstraße" Ausschuss für Umwelt und Energie	DS0352/19/1
7.4.1.1	Punkt 1	
7.4.1.2	Punkt 2	
7.4.1.3	Punkt 3	
7.4.1.4	Punkt 4	
7.4.1.5	Punkt 5	
7.5	Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 349-7 "Osterweddinger Straße Westseite" Amt 61	DS0592/19
8	Anträge	
8.1	Grundschule für Ostelbien Fraktion CDU / FDP	A0170/19
8.1.1	Grundschule für Ostelbien Fraktion AfD	A0170/19/1
8.1.2	Grundschulen für Ostelbien Fraktion GRÜNE / future!	A0170/19/2
8.1.3	Grundschule für Ostelbien	S0001/20

	FB 40	
8.2	Keine Baumfällungen in der Königstraße Fraktion GRÜNE / future!	A0180/19
8.2.1	Keine Baumfällungen in der Königstraße Fraktion CDU / FDP	A0180/19/1
8.2.2	Keine Baumfällungen in der Königstraße Fraktion GRÜNE / future!	A0180/19/2
8.2.3	Keine Baumfällungen in der Königstraße Amt 66	S0382/19
8.3	Reduzierung des Schwerlastverkehrs im Stadtgebiet SPD-Stadtratsfraktion	A0228/19
8.3.1	Reduzierung des Schwerlastverkehrs im Stadtgebiet Amt 66	S0558/19
8.4	Errichtung eines Wartehäuschens in Magdeburg Sudenburg Fraktion Tierschutzpartei / Bund für Magdeburg (BfM)	A0249/19
8.4.1	Errichtung eines Wartehäuschens in Magdeburg Sudenburg Amt 61	S0563/19
8.5	HotSpots der Segregation in Magdeburg Fraktion DIE LINKE	A0221/19
8.5.1	HotSpots der Segregation in Magdeburg Amt 61	S0493/19
8.6	Stabile Preise für Bus & Bahn Fraktion GRÜNE / future!	A0156/19
8.6.1	Punkt 1 - 4, Satz 1	
8.6.2	Punkt 4, Satz 2 und 3	
9	Informationen	
9.1	Überarbeitung des „Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmenplanes zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ V/02	I0353/19
9.2	Fahrradbügel am Universitätsplatz Amt 66	I0010/20
9.3	Straßen im Stadtpark Amt 66	I0368/19

9.4	Sicherheit für Stadtfelds Radverkehr (A0080/19) Amt 61	I0373/19
9.5	Einrichtung von Touristen-Busparkplätzen Amt 61	I0341/19
9.6	Touristisches Parkraumkonzept - Zwischeninformation Amt 61	I0339/19
10	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	
11	Mitteilungen und Anfragen	
11.1	Sachstand Planung und Finanzierung des neuen Parkplatzes Gübser Weg / MDCC-Arena	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Mirko Stage

Mitglieder des Gremiums

Madeleine Linke

Christian Mertens

Burkhard Moll

Reinhard Stern

Vertreter

Christian Hausmann

Tim Rohne

Roland Zander

Geschäftsführung

Corina Nürnberg

Entschuldigt:

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

René Hempel

Frank Schuster

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

2. Bestätigung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

Der TOP 8.6 soll vorgezogen und im Anschluss an die Einwohnerfragestunde (TOP 4) behandelt werden.

Die TOP 7.1 und 7.2 sollen vertagt werden.

Die TOP 7.3 und 8.2 sollen im Zusammenhang beraten werden.

Zu allen Informationen wird Redebedarf angemeldet.

Abstimmung: 8-0-0 geändert beschlossen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 09.01.2020

Stadtrat Hausmann ist zur Abstimmung nicht anwesend.

Der nichtanwesende **Stadtrat Hempel** bittet um redaktionelle Ergänzung hinsichtlich TOP 5 Betriebsausschuss Puppentheater. In diesem waren insbesondere die Bautätigkeiten auch Thema.

Abstimmung: 5-0-2

4. Einwohnerfragestunde

8. Anträge

8.6. Stabile Preise für Bus & Bahn Vorlage: A0156/19

Stadtrat Stage verweist auf die seit Jahren im August steigenden Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr.

Anhand einer graphischen Darstellung geht er auf gleichzeitig sinkende Fahrgastzahlen sowie gleichbleibende Erlöse ein. Des Weiteren verweist er auf die umfangreichen Sperrungen, die eine anzubietende Dienstleistung erschwere.

Die öffentliche Sitzung wird von 17:10 Uhr – 17:40 Uhr unterbrochen.

Ein starker ÖPNV, starker Umweltverbund sei als Ziel wichtig, so **Stadträtin Linke**. Das Nutzerverhalten orientiere sich ihrer Meinung nach an den Preisen. Weitere Angebote wie ein 365,- € Ticket müsse geprüft werden.

Stadtrat Stage geht auf die Fahrgastzahlen ein und könne sich ohne Preiserhöhung eher vorstellen zusätzliche Leute zu erreichen.

Stadtrat Stern verweist auf die Haushaltslage, höhere Belastung – Verschuldung sowie das kostenlose Schülerticket, das noch hinzukomme. Im Jahr 2021 aussetzen bedeute eine weitere Ausgleichszahlung von 1 Mio. € und eine zusätzliche Belastung für den Haushalt.

(Kostensteigerung durch Personal und technische Ausrüstung)

Eine Steigerung der Attraktivität des Nahverkehrs müsse erreicht werden. Dies beinhalte nicht nur den Ticketpreis sondern ebenso die Pünktlichkeit, Sauberkeit, Verlässlichkeit.

Die Auswirkungen des kostenlosen Schülertickets müsse abgewartet werden, Züge und Bahnen u.a. dafür vorgehalten werden.

Mit der Fertigstellung der 2. Nord-Süd-Verbindung werde die Nahverkehrsattraktivität gesteigert werden können, dieses sollte erst einmal abgewartet werden.

Kunden steigen nicht so einfach auf den ÖPNV um, gibt er die Erfahrungen aus anderen Großstädten zu bedenken.

Er weist auf den Zeitfaktor hin und mit Beendigung der Tunnelbaustelle müsse der Schülerverkehr neu betrachte werden.

Abschließend geht er noch auf die Beschlusslage zum barrierefreien Ausbau der Haltestellen mit 70 Mio. € ein und bittet, alles Stück für Stück anzugehen mit Verweis auf die Haushaltslage.

Stadtrat Hausmann findet das positive Grundanliegen, den ÖPNV zu stärken, gut. Dem Antrag könne er so nicht zustimmen.

Stadtrat Mertens steht dem Anliegen positiv gegenüber. Im Ergebnis der Ausführung bezweifelt er aber die Finanzierbarkeit.

Die Vertragslage sei bindend.

Das 365,-€ Ticket sei aufgrund zusätzlicher Kosten indiskutabel aus seiner Sicht.

Abschließend geht er auf eine gefühlte geänderte Gefahrenwahrnehmung ein und das damit verbundene Nutzerverhalten.

Stadtrat Zander geht auf die von finanziellen Auswirkungen geprägte Diskussion ein.

Die Zielstellung sollte sein im Vorfeld von Großbaumaßnahmen die Preise moderat zu halten.

Dieses hätte aber vorher verhandelt werden müssen.

Jetzt müsse ein Zeichen gesetzt und neu verhandelt werden, keine Preiserhöhung für 5-6 Jahre schlägt er vor.

Herr Zimmermann verweist trotz der Baustellensituation auf gestiegene Fahrgastzahlen im Bereich Rothensee. Hier seien trotz eines 20-Minuten-Taktes die Fahrgastzahlen gestiegen. Die Zuverlässigkeit bei den Straßenbahnen liege bei 90 %. Er hält an seiner Aussage fest, dass die Fahrgastzahlen stabil sind.

Für **Stadträtin Linke** liege die Priorität beim ÖPNV und nicht bei Investitionskosten für Großbauvorhaben in Infrastrukturmaßnahmen wie z.B. in einer 3. Elbquerung.

punktweise Abstimmung

Abstimmung: 2-4-2 nicht empfohlen

8.6.2. Punkt 4, Satz 2 und 3

Abstimmung: 4-2-2

5. Lenkungsausschuss Buckau

Frau Schube (BauBeCon) informiert über die laufenden Modernisierungsmaßnahmen und den Stand zu den Anhörungsschreiben hinsichtlich Vorbescheide für Ausgleichsbeträge. Des Weiteren teilt sie den Stand zum Wirtschaftsplan mit.

5.1. Ausbau der Straßenbahnstrecke in der Schönebecker Straße, Raiffeisenstraße, Warschauer Straße - Bauablauf 2020 - 2021

Frau Schube erläutert anhand einer Präsentation (Anlage Protokoll) vom Büro Buschmann die Baumaßnahme.

Die Straßenbahnanbindung werde in allen Bauphasen gewährleistet sein.

Stadtrat Stage hinterfragt die Erreichbarkeit der Gewerbetreibenden im Bereich der Baumaßnahme.

Frau Schube erläutert die Umleitungsführung. Die Zufahrt ist von Süden bis zum Thiemplatz frei. Aldi und die Betriebe / Gewerbetreibenden im Bereich Coquiststraße, Porsestraße, Basedowstraße, Klosterbergstraße sind über die Porsestraße von Norden aus erreichbar. Die Querung Porsestraße/Warschauer Straße ist durchgängig gewährleistet

Stadtrat Stern erkundigt sich nach der Benutzbarkeit der Bleckenburgstraße.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf Baustellenverkehre in diesem Bereich, aber ansonsten sei die Bleckenburgstraße befahrbar.

Des Weiteren geht **Stadtrat Stern** auf das Linksabbiegen in die Erich-Weinert-Straße und die mögliche Staugefahr an diesem neuralgischen Punkt ein.

Herr Gebhardt (AL 66) informiert, dass in dem Zeitraum der Linksabbieger von der Weinert Straße in die Freie Straße erforderlich wird, der Linksabbieger vom Schleinufer in Richtung Schönebecker Straße durch die Gleisbauarbeiten und gesperrten Bereiche in der Schönebecker Straße nicht auftritt. Dadurch ist die Leistungsfähigkeit des Straßenzuges in Richtung Zentrum und vom Stadtzentrum voraussichtlich nur geringfügig reduziert.

Stadtrat Hausmann geht auf den P+R Parkplatz an der Hubbrücke ein.

Ergänzend geht **Herr Dr. Scheidemann** auf die private Baumaßnahme im Bereich Buckau ein. Koordinierte Bauverkehre, die mit der Schule abgestimmt seien, werden im Bereich Karl-Schmidt-Straße geführt.

Im Bereich Bleckenburgstraße hat der Bauherr neue Stellplätze geschaffen.

Stadträtin Linke fragt, wie mögliche Schleichverkehre zur Thiemstraße von der Coquistastraße unterbunden werden können.

Frau Schube verweist auf einen leichten Anstieg in den letzten 3 Wochen in diesem Bereich, der sich aber im Rahmen halte.

Sie verweist auf Planungen/Aktionen der Gewerbetreibenden wie z.B. ein Baustellenfest oder einen Kunstmarkt.

Die Gründung eines Vereins sei im Gespräch, ebenfalls ein gesondertes Werbekonzept.

Sie verweist unter anderem schon auf vorfinanzierte Artikel wie T-Shirt, Beutel...

Stadtrat Stern spricht die Situation der Gewerbetreibenden im Bereich Porsestraße an, die abgehängt seien. Diese haben riesige Probleme und sind von ihrem Kundenstrom nicht erreichbar.

Gespräche müssen dringend geführt werden.

Abschließend verweist er auf den vormals gemeinsam mit den Grünen und future! gestellten Antrag zur Umgehungsstraße in Buckau, der leider keine Mehrheit im Stadtrat bekam.

Stadtrat Hausmann unterstreicht noch einmal die Einbindung der Gewerbetreibenden.

Stadtrat Zander spricht die Möglichkeit von mehr Personal, Schichtarbeit sowie Arbeiten auch an Samstag und Sonntag an, um die Baustelle schneller fertig gestellt zu bekommen.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters. Diese Zielstellung sei da, aber angespannte Baukonjunktur und erhebliche Auslastung der Baufirmen das Problem.

Herr Gebhardt geht auf die Schaltzeiten der Ampel im Bereich Coquistastraße/Warschauer Straße ein. Aufgrund von technologischen Abhängigkeiten auf der Baustelle fehlen für einen Zweirichtungsverkehr ausreichende Breiten. Da die Länge der Kreuzungsquerung relativ groß ist, sind die Rotzeiten und damit die Wartezeiten vor der LSA je Richtung recht lange. Die Haltestelle Thiempfad werde bis Dezember 2020 baulich hergestellt bis auf den Gleisbereich.

6. Denkmale und verwahrloste Immobilien

7. Beschlussvorlagen

7.1. Umgestaltung Naherholungszentrum Strandbad Barleber See 1 Vorlage: DS0632/19

vertagt

7.2. Grundsatzbeschluss Sanierung Carl-Miller-Bad Vorlage: DS0597/19

vertagt

7.3. Grundsatzbeschluss Ausbau des nördlichen Radweges in der
Königstraße
Vorlage: DS0548/19

Die Beschlussvorlage wird im Zusammenhang mit dem Antrag A0180/19, /19/1, /19/2 und S0385/19 beraten.

Die Beschlussvorlage sowie der Antrag wurden bereits in der Sitzung am 09.01.2020 vorgestellt und beraten.

Herr Gebhardt geht auf die Situation vor Ort ein. Die SWM könne den Freileitungsmast auf der Nordseite erst nach einer abgeschlossenen Erdverkabelung auf der Nord- und der Südseite der Königstraße ablösen und entfernen.

Der komplette Straßenraum in der Königstraße müsse in den Folgejahren hinsichtlich der einzelnen Leitungsträger neu geordnet werden. Das Tiefbauamt steht im engen Kontakt mit SWM/AGM.

Der barrierefreie Ausbau der Bushaltestelle werde u.a. um separate Fahrradständer ergänzt. Mit dieser neuen Fahrradabstellanlage werde der Haltestellenbereich zu einem neuen Schnittpunkt zwischen Radverkehr und ÖPNV.

Stadtrat Hausmann bedankt sich bei der Verwaltung für den neu ausgearbeiteten guten Kompromissvorschlag.

Eine gute Lösung, die aufzeige, dass sich ein barrierefreier Ausbau, Erhalt von Bäumen und Radwegeausbau/Neubau nicht automatisch ausschließe, so **Stadträtin Linke**.

Stadtrat Stage bringt einen Änderungsantrag ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat in Ziffer 1 des Beschlussvorschlages folgende Änderung:

„Vorzugsvariante 2“ wird durch die „am 06.02.2020 im StBV-Ausschuss vorgestellte Variante“ ersetzt (Anlage Plan).

1. *Ausbau des nördlichen Radweges in der Königstraße in der ~~Vorzugsvariante 2~~ „am 06.02.2020 im StBV-Ausschuss vorgestellten Variante“ (Anlage Plan) mit einem Gesamtumfang in Höhe von 387.000,00 EUR und einer Zuwendung zur Förderung nachhaltiger Mobilität, Teilaktion Radwege aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit einer Fördersumme in Höhe von 348.300,00 EUR.*

Weiterhin wird der Beschlussvorschlag um folgende Punkte ergänzt:

4. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die SWM aufzufordern, die Elektro-Freileitungen an der Königstraße zumindest im aktuellen Abschnitt zeitnah für den Radweg unter die Erde zu legen.*
5. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die ganze Königstraße und die Salbker Chaussee eine Gesamtkonzeption für eine sichere Radverkehrsverbindung erarbeiten zu lassen. Der Vorschlag ist unter frühzeitiger Einbeziehung des ADFC, der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit Ottersleben, dem Heimatverein Ottersleben und des Vereins Bürger für Ottersleben e.V. (BfO) zu erarbeiten und den Stadtratsgremien bis zur Sommerpause 2021 vorzulegen.*

Abstimmung: 8-0-0

Abstimmung zur DS0548/19: 8-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

8.2. Keine Baumfällungen in der Königstraße
Vorlage: A0180/19

Abstimmung zum Antrag A0180/19: 7-0-1 geändert empfohlen

8.2.1. Keine Baumfällungen in der Königstraße
Vorlage: A0180/19/1

Abstimmung zum Änderungsantrag A0180/19/1: 7-0-1

8.2.2. Keine Baumfällungen in der Königstraße
Vorlage: A0180/19/2

Abstimmung zum Änderungsantrag A0180/19/2: 5-0-3

8.2.3. Keine Baumfällungen in der Königstraße
Vorlage: S0382/19

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.4. Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 1. Änderung zum
vorhabenbezogenen Bebauungsplan 334-1.2
"Einzelhandelsstandort Bergstraße"
Vorlage: DS0352/19

Frau Kirchhoff (Amt 61) erläutert das Planungsziel der 1. Änderung.

Geplant werde die Erweiterung des vorhandenen SB-Marktes zu einem großflächigen Einzelhandelsbetrieb durch Abriss des bestehenden Marktes sowie Neubau am selben Standort. Die vorhandenen Zufahrten für die Anlieferung vom Kroatenweg und für den Kundenparkplatz von der Bergstraße bleiben erhalten.

Mit der 1. Änderung werde die Zufahrt auf das rückwärtige Privatgrundstück Kroatenweg 12 an die östliche Grundstücksgrenze, gegenüber der Parkplatzzufahrt verlegt, bisher an der Südgrenze am östlichen Grundstücksende.

- Parkplatzanordnung und -begrünung
- Grünordnerische Maßnahmen/GRZ
- Öffentliche Verkehrsfläche

Stadtrat Stage verweist auf die seiner Meinung nach nicht umgesetzten Festsetzungen zum „Grün“ beim bestehenden Standort und fragt, warum dieses nicht gemäß rechtsverbindlichem Bebauungsplan umgesetzt wurde.

Frau Kirchhoff kann dieses nicht beantworten, verweist aber auf die Verankerung der Maßnahmen im Durchführungsvertrag, die bisher nicht durchgeführt wurden.

Stadträtin Linke äußert starke Bedenken hinsichtlich des Flachbaus an dieser prägenden Stelle in Sudenburg. Kann man dieses nicht anders gestalten in Bezug auf die fehlende straßenbegleitende Bebauung, fragt sie.

Herr Dr. Lerm (AL 61) verweist auf das vorhabenbezogene Bebauungsplanverfahren. Eine Platzfassung könne eventuell von der Bergstraße zu einem späteren Zeitpunkt durch ein weiteres Bauvorhaben erfolgen.

Stadtrat Moll fragt, ob die Reduzierung der Einstellplätze von 100 auf 80 eine Möglichkeit der Vergrößerung der Pflanzflächen sei.

Frau Kirchhoff verweist auf bereits in diesem Entwurf mehr unversiegelte Flächen und damit mehr Pflanzfläche in der neuen Planung.

Stadtrat Hausmann spricht sich für eine punktweise Abstimmung des Änderungsantrages aus dem Umweltausschuss (UwE) aus.

Frau Kirchhoff geht auf den Änderungsantrag aus dem UwE ein und verweist darauf, dass die geforderten Festsetzungen bereits Bestandteil des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes seien.

Stadtrat Stage spricht sich dennoch für den Änderungsantrag aus.

Stadtrat Stern hinterfragt die Festsetzung zur öffentliche Verkehrsfläche im südlichen Bereich und fragt, ob es sich hierbei um einen anderen Eigentümer handele.

Ja, antwortet daraufhin **Frau Kirchhoff**, diese Fläche gehöre der Stadt für die Herstellung einer barrierefreien Straßenbahnhaltestelle der MVB.

Stadträtin Linke fragt, was an dem Bauvorhaben noch verändert werden könne und geht auf die Möglichkeit einer Verschiebung/Veränderung des Baukörpers ein.

Stadtrat Stage fragt ergänzend dazu nach einer Dachbegrünung.

Frau Kirchhoff verweist auf die Planung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach.

Bei einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan werde das Vorhaben des Vorhabenträgers (Bauträgerbezogene Planung) 1:1 umgesetzt. Städtebauliche Zielstellung und Umsetzung werden festgesetzt, so **Herr Dr. Lerm**.

Nach Abschluss des vorhabenbezogenen Projektes könne mit einem anderen, neuen Vorhaben eine straßenbegleitende Bebauung fortgeführt werden.

Sitzungsunterbrechung (18:55 Uhr- 19:00 Uhr) für Rederecht des Antragstellers.

Stadträtin Linke spricht sich für eine Ergänzung des Änderungsantrages (UwE) aus.

Folgende Absätze sollen als textliche Festsetzung ergänzt werden:

- *Die Parkplätze sind mit Hochstammbäumen zu bepflanzen.
Das anfallende Oberflächenwasser ist in die Baumgruben unter Flur ca. 80 cm einzuleiten und Pflanzenverfügbar rückzuhalten.*

Abstimmung: 3-5-0 nicht empfohlen

- *Auf der Dachfläche ist eine Photovoltaikanlage festzusetzen.*

Abstimmung: 5-0-3

Stadtrat Zander kann nicht glauben, dass keine Probleme mit dem Märktekonzept gesehen werden.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf den zentralen Versorgungsbereich hier. Das Plangebiet ist im Magdeburger Märktekonzept als Stadtteilzentrum Halberstädter Straße enthalten. Das Bauvorhaben ist städtebaulich erwünscht.

Abschließend verweist **Frau Kirchhoff** auf das bereits eingehauste Kühlaggregat, welches im Änderungsantrag gefordert wurde.

Abstimmung zur DS0352/19: 6-2-0 empfohlen mit Änderungsantrag

7.4.1. Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 1. Änderung zum
vorhabenbezogenen Bebauungsplan 334-1.2
"Einzelhandelsstandort Bergstraße"
Vorlage: DS0352/19/1

7.4.1.1. Punkt 1

Abstimmung: 4-1-3

7.4.1.2. Punkt 2

Abstimmung: 4-1-3

7.4.1.3. Punkt 3

Abstimmung: 4-2-2

7.4.1.4. Punkt 4

Abstimmung: 4-2-2

7.4.1.5. Punkt 5

Abstimmung: 2-5-1 nicht empfohlen

7.5. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 349-7 "Osterweddingener
Straße Westseite"
Vorlage: DS0592/19

Das Planungsziel, die Entwicklung eines Wohngebietes mit Einfamilien- und Doppelhäusern, erläutert **Frau Kirchhoff**.

Stadtrat Stern hinterfragt die Flächenausweisung als Wohnbaufläche (bis zur Halberstädter Chaussee) im Flächennutzungsplan.

Nur das im Aufstellungsbeschluss beschriebene Gebiet weist der Flächennutzungsplan als Wohnbauland aus, stellt **Herr Dr. Lerm** klar.

Stadträtin Linke geht auf die landwirtschaftliche Nutzung der Fläche ein. Sie weist auf den Außenbereich hin sowie die nicht optimale ÖPNV-Anbindung.

Sie zweifelt den großen Bedarf an Einfamilienhausstandorten in diesem Maße an.

Herr Dr. Lerm geht auf das Verfahren ein. Mit Schreiben vom 10. Oktober 2019 wurde für den westlich angrenzenden Bereich der Osterweddinger Straße ein Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens gestellt. Die Wohnbebauung soll sich an die Art und das Maß der baulichen Nutzung der gegenüberliegenden Bebauung orientieren.

Die vorhandene verkehrliche Erschließung werde somit optimal ausgenutzt, um der stetigen Nachfrage nach Eigenheimen Rechnung tragen zu können.

Stadtrat Hausmann überzeugen die Ausführungen nicht.

Herr Dr. Scheidemann unterstreicht noch einmal die hohe Nachfrage an Einfamilienhausstandorten in der Stadt. Einfamilienhausstandorte in der Stadt vorzuhalten/auszuweisen sei wichtig, um einer Abwanderung ins Umland entgegenzuwirken. Die vorgesehene Bebauung komplettiert aus städtebaulicher Sicht die derzeit lediglich einseitig erschließende Osterweddinger Straße und diene somit auch einer Flächenarrondierung.

Stadtrat Stage könne dem Vorhaben nicht zustimmen, er verweist auf den Außenbereich und die Lage hier.

Die Nachfrage nach Einfamilienhausgrundstücken sei höher als von der Stadt abgedeckt werde, teilt **Herr Dr. Scheidemann** mit.

Stadtrat Stern hinterfragt die Ausweisung als Wohnbaufläche im Flächennutzungsplan und verweist in diesem Zusammenhang auf eine Investorensicherheit, die gegeben sein müsse.

Stadtrat Mertens kann die Aussagen von **Herrn Dr. Scheidemann** nachvollziehen und schließt sich den Ausführungen von **Stadtrat Stern** an.

Stadtrat Hausmann hält die Lage ebenfalls als ungeeignet.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf das ISEK und noch einmal auf die große Nachfrage an Baugrundstücken sowie die fehlenden Reserven.

Stadtrat Stage macht auf die Darstellungen im Flächennutzungsplan aufmerksam („sehr grün“) und bittet dieses zu erläutern.

Herr Dr. Scheidemann wird die Darstellungen im Flächennutzungsplan klären lassen und zieht die Beschlussvorlage von der heutigen Tagesordnung zurück.

Stellungnahme Amt 61:

Die DS0592/19 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 349-7 "Osterweddinger Straße Westseite" wurde zurückgestellt um den Sachverhalt bezüglich des Flächennutzungsplans zu klären.

Hierzu kann folgendes mitgeteilt werden:

Der B-Plan Nr. 349-7 wird aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt. Dieser stellt die gesamte Fläche westlich der Osterweddinger Straße überwiegend als Wohnbaufläche dar. Im ISEK 2025 wurde die Wohnbaufläche reduziert, so dass nur noch der Randbereich der Osterweddinger Straße als Wohnbaupotentialfläche ausgewiesen wird. Das ISEK 2025 ist Grundlage für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes.

Der Geltungsbereich des B-Planes Nr. 349-7 deckt sich räumlich mit der Wohnbaufläche des wirksamen FNPs und auch mit der ausgewiesenen Wohnbaupotentialfläche des ISEK 2025. Das B-Planverfahren wird somit aus dem F-Plan abgeleitet.

Als Anlage ist ein Ausschnitt aus dem wirksamen FNP und die Stadtteilkarte Ottersleben aus dem ISEK 2025 beigelegt.

Zudem folgt der Link zum wirksamen FNP der Landeshauptstadt Magdeburg (Nur der wirksame FNP ist im Internet verfügbar.)

<https://www.magdeburg.de/Der-FI%C3%A4chennutzungsplan-der-Landeshauptstadt-Magdeburg.php?object=tx,37.14051.1&ModID=10&FID=37.978.1&La=1&ort=0&sfwort=1>

vertagt

8. Anträge

8.1. Grundschule für Ostelbien Vorlage: A0170/19

Stadtrat Stern verweist auf den schon jetzt bestehenden Zeitverzug bei dem dringend benötigten Schulneubau.

Er spricht sich für den Standort Am Brellin/Struvestraße aus. Er weist darauf hin, dass sich neben den genannten Standort bereits ein Sportplatz befindet und eine sehr gute ÖPNV-Anbindung bestehe.

Am Standort Am Brellin/Struvestraße könne der Schulneubau auch am schnellstmöglichen umgesetzt werden.

Stadtrat Mertens geht auf den Änderungsantrag A0170/19/1 ein, dass alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten sind, um auf der Liegenschaft Turmschanzenstraße 32 die Voraussetzungen für den Bau einer dringend benötigten Grundschule im Stadtgebiet Ostelbien zu schaffen.

Die Flächengröße sowie die zentrale Lage sprechen hierfür.

Die Flächen Am Brellin/Struvestraße werden aus stadtplanerischer Sicht positiv gesehen, teilt **Herr Dr. Lerm** ergänzend mit.

Frau Richter (FB 40) verdeutlicht einen dringenden Handlungsbedarf im Sinne der Schüler. Durch das Herauslösen und Verlagerung einer Schulform (Grundschule „Am Elbdamm“) an einen neuen Standort sollen freie Kapazitäten, eine höhere Zügigkeit und damit bessere Handlungsspielräume erreicht werden.

Für einen 4-zügigen Aufwuchs der Gemeinschaftsschule „Thomas Mann“ sei der Auszug der Grundschule „Am Elbdamm“ erforderlich.

Durch die momentane Beschlusslage (Pattsituation) werde der Verwaltung jegliche Handlungsoption für einen Schulneubau genommen.

Die Liegenschaft Turmschanzenstraße 32 (A0170/19/1) stehe nicht zur Verfügung, laut Aussage des Ministeriums.

Stadtrat Hausmann führt zur Diskussion im Ausschuss für Bildung, Schule u. Sport aus, hier habe es keine Zustimmung zu den Anträgen gegeben.

Für die SPD-Fraktion stehen die Entflechtung der Schullandschaft sowie die Schulentwicklung im Focus.

Die Änderungsanträge verzögerten entweder das Verfahren bzw. scheiden wegen der Lage aus („Kurze Beine, kurze Wege“).

Der Beschluss vom 22.08.2018 müsse eventuell in den Fraktionen neu überdacht werden. Er hemmt die Entwicklung und mache die Verwaltung handlungsunfähig.

Stadtrat Zander habe vor so einer Situation gewarnt. Der Antrag (A0170/19) aus CDU-Fraktion müsse befürwortet werden, die Änderungsanträge nicht.
Cracau brauche dringend eine neue Schule.

Stadtrat Stern geht auf die Historie ein. Er führt zu den Vorschlägen der Verwaltung aus, verweist auf die Problematik Kleingärten am Heumarkt sowie Eigentumsverhältnisse bei den Alternativvorschlägen an Schulstandorten.
Der Standort Am Brellin/Struvestraße befindet sich im Eigentum der Stadt, stellt er fest und bittet noch einmal um Zustimmung zum Antrag.

Stadtrat Stage geht auf die Schwierigkeit der Abwägung aller Interessen als Stadtrat ein. Der Standort Am Brellin/Struvestraße sei für ihn persönlich aufgrund der Flächengröße und Lage vorher immer ausgeschieden. Nun tendiere er für den CDU-Antrag.
Die Änderungsanträge scheiden Anbetracht der langen Prüfzeiten bzw. Eigentumsverhältnisse aus.

Stadtrat Mertens zieht den Änderungsantrag A0170/19/1 zurück.

Abstimmung zum Antrag A0170/19: 7-0-1

8.1.1. Grundschule für Ostelbien
Vorlage: A0170/19/1

zurückgezogen

8.1.2. Grundschulen für Ostelbien
Vorlage: A0170/19/2

Abstimmung zum Änderungsantrag: 1-6-1 nicht empfohlen

8.1.3. Grundschule für Ostelbien
Vorlage: S0001/20

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.3. Reduzierung des Schwerlastverkehrs im Stadtgebiet
Vorlage: A0228/19

Stadtrat Hausmann spricht sich für eine Abstimmung mit dem angrenzenden Salzlandkreis aus, wie in der GWA-Sitzung bereits diskutiert.

Stadtrat Rohne befürchtet weitere Mautflucht. Die LKW's werden wo möglich auf noch kleinere Wohngebietsstraßen ausweichen.

Stadtrat Stage verweist auf den Prüfauftrag und die Möglichkeit einer Regelung für Wohngebiete.

Herr Gebhardt weist u.a. auf für die Beantragung erforderliche Verkehrszählungen als Grundlage zur Entscheidung hin. Angesichts der vielen Baustellen sowie Umleitungsverkehre sei dieses nur schwer zu bewerkstelligen bzw. nicht ausreichend aussagekräftig. Er führt zur Verkehrszählung in Alt Prester zwischen 5:00 Uhr und 7:00 Uhr aus. Zwischen 30 LKW und 50 LKW haben den Bereich laut bisheriger Informationen von Anliegern frequentiert, ob es sich dabei um Mautflucht handele, sei fraglich. Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag nicht zu zustimmen.

Stadtrat Stage verweist auf die Möglichkeit, eine ausführlichere Verkehrszählung zu veranlassen.

Abstimmung zum Antrag A0228/19: 7-0-1

8.3.1. Reduzierung des Schwerlastverkehrs im Stadtgebiet
Vorlage: S0558/19

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.4. Errichtung eines Wartehäuschens in Magdeburg Sudenburg
Vorlage: A0249/19

Stadtrat Moll zieht den Antrag zurück.

zurückgezogen

8.4.1. Errichtung eines Wartehäuschens in Magdeburg Sudenburg
Vorlage: S0563/19

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.5. HotSpots der Segregation in Magdeburg
Vorlage: A0221/19

Herr Dr. Scheidemann legt dar, dass es in der Landeshauptstadt Magdeburg keine Segregation in den Stadtteilen gebe, einzelne Hotspots aber bestehen.

Dahinter sei zu verstehen, dass räumlich eng abgegrenzte Bereiche mit einer erhöhten Konzentration gleicher Bevölkerungsgruppen bestehen. In diesen Bereichen sei eine räumlich konzentrierte Zuwanderung ersichtlich.

Eine hinreichende Versorgung an bezahlbarem Wohnraum in der Stadt sei gegeben. Es gilt die problematischen Bereiche entsprechend zu begleiten, ein grundsätzliches Segregationsproblem bestehe aber nicht.

Stadträtin Linke widerspricht teilweise und verweist auf einen Mangel an Durchmischung z.B. im Bereich Innenstadt und sieht Ansätze von „Gentrifizierung“.

Sie weist auf den teilweisen Rückzug der Genossenschaften in manchen Gebieten hin.

Mit einer Mietfestlegung könne dieses gesteuert werden.

Sie sehe großen Handlungsbedarf gegeben.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf den Sozialreport der Stadt. In Stadtfeld gebe es z.B. eine große Durchmischung.

Richtig sei der Bedarf an großen Wohnungen, hier sei man aber tätig. Jedoch gebe es einen hohen Leerstand im unteren Segment.

Stadtrat Hausmann verweist auf Untersuchungen (Halle, Wittenberg) aus dem Institut für Hochschulforschung. Hier sehe er Potenzial, Ressourcen hinsichtlich der weiteren Betrachtung für die Stadt.

Stadtrat Stern hinterfragt die Äußerungen von **Stadträtin Linke**. Welche Genossenschaft zieht sich wo zurück.

Dem Wohnungsleerstand wurde entgegen gewirkt. Ein bedarfsgerechter Wohnungsbau (z.B. 4-Raum-Wohnung) findet statt.

Probleme gebe es, aber keine Problemfelder, unterstreicht er. Er verweist auf viel Positives aus Buckau und Neu Olvenstedt. Einen „Hotspot“ könne er in Magdeburg nicht erkennen und bittet um einen vorsichtigen Umgang mit dem Thema. Mit Städtebaufördermitteln wurde viel bewegt.

Stadtrat Zander informiert über den Rückbau bzw. Rückzug der MWG aus der Rollestraße im Neustädter Feld.

Dem Antrag könne er aber nicht zustimmen.

Herr Dr. Scheidemann geht auf die momentan einmalige Situation als Großstadt ein.

Investoren aus anderen Städten sehen bei uns noch die Möglichkeit zu investieren.

Die Stadt Magdeburg dürfe nicht schlecht geredet werden. In Olvenstedt sei die soziale Durchmischung gut erreicht.

Stadträtin Linke fühlt sich persönlich von **Stadtrat Stern** angegriffen und weist dieses zurück.

Ihr Ziel sei, eine Ausgeglichenheit in allen Stadtteilen zu erreichen. Sie verweist z.B. auf die Situation in der Umfassungsstraße, hier habe die Wobau vormals die Wohnblöcke verkauft.

Stadtrat Hausmann kann keine so negative Beschreibung aus dem Antrag ableiten.

Im Rahmen der Quartiersvereinbarungen wünsche er sich bei der anschließenden Brachflächenentwicklung jedoch mehr Investitionen im Mehrfamilienhausbereich.

Stadtrat Mertens sieht ebenfalls einen Mangel an größeren Wohnungen, aber die Stadt steuere seiner Meinung nach schon dagegen.

Den Antrag findet er merkwürdig und könne keinen Sinn darin erkennen.

Herr Dr. Scheidemann verweist u.a. auf die Genossenschaft „Post und Energie“, die in Neu Olvenstedt breit ausgerichtet sei.

Stadtrat Rohne sieht auch einen Bedarf an großen Wohnungen im Bereich Nord gegeben.

Hochwertiger Wohnraum sei erst in den letzten Jahren in Magdeburg entstanden, stellt er fest. Ein höherpreisiges Angebot an Wohnraum müsse es auch in Magdeburg geben.

Den Antrag könne er nicht unterstützen.

Stadtrat Stern verweist auf über 10 Jahre Stadtumbaukommission, in Zusammenarbeit mit Haus & Grund, Genossenschaften, Wobau und Verwaltung. Von der Verwaltung werde die Quartiersentwicklung gut gesteuert.

Abschließend geht **Stadtrat Stern** auf den bei **Stadträtin Linke** wahrgenommenen persönlichen Angriff von seiner Seite aus ein und bedauere dieses Missverständnis und entschuldigt sich bei ihr.

Stadtrat Stage sieht Untersuchungspotenzial bei Universität bzw. Hochschule.

Herr Dr. Lerm geht auf die missverständlich geführte Diskussion ein.

Abstimmung zum Antrag A0221/19: 3-5-0 nicht empfohlen

8.5.1. HotSpots der Segregation in Magdeburg
Vorlage: S0493/19

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9. Informationen

9.1. Überarbeitung des „Magdeburger Aktions- bzw.
Maßnahmenplanes zur Umsetzung der UN-Konvention für die
Rechte von Menschen mit Behinderungen“
Vorlage: I0353/19

Herr Dr. Gottschalk stellt die Fortschreibung vor.

Stadtrat Stage bedankt sich für die gut aufgearbeitete Information.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Fahrradbügel am Universitätsplatz
Vorlage: I0010/20

Herr Gebhardt erläutert das Prüfergebnis.

Stadtrat Moll begrüßt die Information.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.3. Straßen im Stadtpark
Vorlage: I0368/19

Herr Gebhardt bringt die Information ein.

Stadträtin Linke bittet um Erläuterung hinsichtlich Voraussetzungen für die Anordnung eines verkehrsberuhigten Bereiches und verweist auf die Parkanlage hier.

Herr Gebhardt informiert über einzelne Voraussetzung für die Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen. Speziell zum Beispiel in der Straße Am Winterhafen sind diese nicht vorhanden. Hier ist auf der Straße nicht erkennbar, dass es sich um einen verkehrsberuhigten Bereich handele. Er verweist auf die Erschließungsfunktion, die die Straße habe.

Verkehrsberuhigte Bereiche werden durch bauliche Maßnahmen verdeutlicht.

Pflanzkübel als Option, wie von **Stadträtin Linke** vorgeschlagen, erfüllen dieses nicht.

Bestimmte Aufenthaltsfunktionen seien Voraussetzung für die Ausweisung eines verkehrsberuhigten Bereiches. Im Weiteren informiert **Herr Gebhardt**, dass die Straße Am Winterhafen aus Richtung Werder kommend in den nächsten Jahren durch den Bau der Elbbrücken gesperrt bleibt.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.4. Sicherheit für Stadtfelds Radverkehr (A0080/19)
Vorlage: I0373/19

Herr Schröter (Amt 61) bringt die Information ein.

Stadträtin Linke erkundigt sich, wie die Aussagen im Punkt 3 mit dem Umbau Große Diesdorfer Straße zusammenpassen.

Herr Schröter verweist auf die „Ist“-Situation, die in der Information abgebildet werde.

Stadtrat Moll geht auf die abenteuerliche Situation in diesem Bereich ein, hier müsse etwas passieren.

Stadtrat Hausmann geht auf die oft zugeparkten Schutzstreifen wie z.B. hinter Aldi auf der Großen Diesdorfer Straße ein.

Stadtrat Stage bittet das Augenmerk auf den Umbau der Großen Diesdorfer Straße zu richten.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.5. Einrichtung von Touristen-Busparkplätzen
Vorlage: I0341/19

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.6. Touristisches Parkraumkonzept - Zwischeninformation
Vorlage: I0339/19

Herr Schröter verweist auf die Fertigstellung des Touristischen Parkraumkonzeptes, das für das 1. Halbjahr 2020 vorgesehen sei.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

Herr Fuß (Projektleiter EÜ ERA) erläutert die angepassten (entschärften) Sichtbeziehungen an den Treppenabgängen.
Er teilt mit, dass zur Besichtigung Musterpflastersteine vor Ort seien und bittet bei Bedarf um Anmeldung.

Stadtrat Stern hinterfragt einen geänderten Terminablauf hinsichtlich Straßenbahndurchfahrt. Ende Sommer 2020 könne die Straßenbahn durch die Tunnelbaustelle fahren, teilt **Herr Fuß** mit.

Stadträtin Linke geht auf die Fuß- /Radwegführung im Bereich City Carré ein und fragt wie sinnvoll das abrupte Ende sei.

Die geplante Anschlussvariante werde zu einer den nächsten StBV-Sitzungen vorgestellt, teilt **Herr Dr. Scheidemann** dazu mit.

Stadtrat Stern erkundigt sich nach dem Stand der Nachtragsvereinbarungen.

Herr Dr. Scheidemann informiert über die Zuarbeit bis zum 26.02.2020 (Finanz- und Grundstücksausschuss).

11. Mitteilungen und Anfragen

Stadträtin Linke fragt wann mit den Bannern (Fahrradstraße) in der Goethestraße wieder gerechnet werden kann.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf Reparaturarbeiten der Banner bzw. Ersatz sowie einer dauerhaften Lösungssuche.

Stadtrat Stern erkundigt sich nach der Bebauung am Wasserfall. Er verweist auf eine neue Baugrube, die dort entstanden sei, und mahnt die Vorstellungen von prägnanten Vorhaben hier im Ausschuss an.

Herr Dr. Scheidemann sichert eine Vorstellung im nächsten Ausschuss zu.

Stadträtin Linke hinterfragt die Fahrradwegführung bei der Baumaßnahme Wasserfallbrücke. **Herr Gebhardt** verweist auf die Planungen, hinsichtlich Sperrumfänge sei das Ergebnis noch offen.

Des Weiteren erkundigt sich **Stadträtin Linke** nach der Möglichkeit einer Zwischennutzung (Bienenweide) im Bereich Universitätsplatz (Grundstück zw. Telekom und Universität).

Herr Dr. Scheidemann verweist auf den Getec-Wettbewerb, hier müsse der Zeitplan abgefragt werden.

Eine Nachfrage beim Bauherren bezüglich Zwischennutzung werde veranlasst.

Stadtrat Zander erkundigt sich nach der Ampelanlage am Florapark und verweist auf die nicht zu schaffende Straßenquerung.

Herr Gebhardt ist über diese Feststellung überrascht und lässt die LSA kurzfristig überprüfen.

Stellungnahme Amt 66:

Im Ergebnis dessen wurde festgestellt, dass die Fußgänger LSA funktioniert. Die Freigabezeiten für den Fußgänger sind ausreichend.

11.1. Sachstand Planung und Finanzierung des neuen Parkplatzes
Gübser Weg / MDCC-Arena

Auf dem geplanten Parkplatz geht es um die Errichtung von 411 Stellplätzen, so **Herr Dr. Scheidemann**.

In wie weit das Vorhaben trotz ablehnenden Beschluss des Finanzausschusses zu den Mehrausgaben vollständig oder teilweise umgesetzt wird, kann er aktuell nicht beantworten.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage
Vorsitzender

Corina Nürnberg
Schriftführerin